

MADAGASKAR 2021

Die schwere Dürre im Süden Madagaskars hatte verheerende Auswirkungen auf ein breites Spektrum von Menschenrechten, darunter das Recht auf Leben, Gesundheit, Nahrung, Wasser und sanitäre Einrichtungen. Mindestens 2.747 Gefangene wurden begnadigt, doch die Haftanstalten waren weiterhin überfüllt und die Bedingungen schlecht. Medienschaffende wurden schikaniert, weil sie über Themen wie die Covid-19-Pandemie berichteten. Geschlechtsspezifische Gewalt, insbesondere gegen Frauen und Mädchen, war weit verbreitet, und Abtreibung wurde weiterhin kriminalisiert. LGBTIQ+-Personen waren weiterhin Diskriminierungen ausgesetzt.

Hintergrund

Im Juni verhinderten die Sicherheitskräfte nach eigenen Angaben ein mutmaßliches Attentat auf Präsident Andry Rajoelina und andere Mitglieder der Regierung, darunter der damalige Minister für Inneres und Dezentralisierung, der Minister für Landesverteidigung und der Minister für Kommunikation und Kultur. Gegen Dutzende von Personen, darunter Angehörige der nationalen Polizei und des Militärs, wurde wegen ihrer Beteiligung an dem mutmaßlichen Attentat ermittelt.

Auswirkungen des Klimawandels auf die Menschenrechte

In der südlichen Region Madagaskars herrschte die schlimmste Dürre seit 40 Jahren. Mehr als 1 Million Menschen waren von einer Hungersnot bedroht und mehr als 14.000 Menschen lebten unter hungerähnlichen Bedingungen.

Recht auf Nahrung, Wasser, Bildung und sanitäre Einrichtungen

Die schwere Dürre hat die Bevölkerung im Süden Madagaskars getroffen, die größtenteils von Subsistenzlandwirtschaft, Viehzucht und Fischfang als Hauptlebensgrundlage abhängig ist. Ihre Möglichkeiten, das international anerkannte Recht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt zu genießen, das für die Wahrnehmung vieler anderer Rechte, einschließlich des Rechts auf Leben, Gesundheit, Wasser und Sanitärversorgung, von wesentlicher Bedeutung ist, wurden ernsthaft beeinträchtigt.

Kinder und Frauen waren von der Dürre unverhältnismäßig stark betroffen. Kinder brachen die Schule ab, um ihren Familien bei der Nahrungssuche zu helfen. Frauen mussten negative Bewältigungsmechanismen anwenden, z. B. die Nahrungsaufnahme der erwachsenen Familienmitglieder einschränken, um die Kinder zu versorgen, und billigere und weniger nahrhafte Lebensmittel für ihre Familien zubereiten. Außerdem wanderten die Familien zunehmend in andere Regionen ab, um dem Hunger zu entgehen.

Rechte der Gefangenen

Die Haftbedingungen in den Haftanstalten waren schlecht und überfüllt. Aus den Statistiken der Gefängnisverwaltung geht hervor, dass im Juli 27.611 Personen, darunter 918 Kinder, in Gefängnissen mit einer maximalen Kapazität von 10.645 Insass*innen untergebracht waren,

die alle unter unmenschlichen Bedingungen litten. Tausende von Menschen wurden weiterhin ohne Gerichtsverfahren inhaftiert. Im Juli befanden sich rund 45 % der Gefängnisinsass*innen, darunter 77 % der Kinder, in Untersuchungshaft.

Im Juni wandelte Präsident Rajoelina die Strafen von 10.840 Häftlingen um und begnadigte mindestens 2.747 verurteilte Gefangene, darunter Personen, die wegen geringfügiger Vergehen verurteilt worden waren und deren Strafe noch bis zu drei Monate ausstand, Frauen über 55 und Männer über 60, die seit zehn oder mehr Jahren im Gefängnis saßen, sowie Kinder, die mindestens die Hälfte ihrer Strafe verbüßt hatten.

Freiheit der Meinungsäußerung

Medien

Am 22. April führte eine interministerielle Entscheidung zum Verbot von Radio- und audiovisuellen Sendungen in den Regionen Analamanga, Atsinanana, Sava, Boeny und Sofia, da sie als "Bedrohung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit und als Gefahr für die nationale Einheit" angesehen wurden. Die Entscheidung wurde am 26. April nach einer Gegenreaktion der Zivilgesellschaft und der Medienorganisationen rückgängig gemacht.

Die Regierung nutzte das Gesetz 91-011 aus dem Jahr 1991, das nur in Ausnahmefällen angewendet werden sollte, um die Möglichkeiten der Medien einzuschränken, Informationen über die Covid-19-Pandemie weiterzugeben, mit Ausnahme der von der Regierung genehmigten Informationen. Journalisten, die versuchten, über nicht von der Regierung genehmigte Informationen zu berichten, wurden schikaniert und eingeschüchtert.

Am 30. Mai prangerte das madagassische Journalist*innenkollektiv die Schikanen gegen Journalist*innen an. Polizeibeamte erklärten, dass Journalist*innen während der Abriegelung von Covid-19 nicht auf die Straße gelassen wurden. Ebenfalls im Mai wurde eine Journalistin der Zeitung Basy Vava schikaniert und mit Strafverfolgung wegen öffentlicher Verleumdung bedroht, nachdem sie einen Artikel über die angebliche Veruntreuung öffentlicher Gelder durch einen ehemaligen Kommunikationsdirektor im Büro des Präsidenten veröffentlicht hatte.

Sexuelle und geschlechtsspezifische Diskriminierung und Gewalt

Sexuelle und reproduktive Rechte

Am 28. September veröffentlichte die Organisation Nifin'Akanga, die sich für die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs einsetzt, einen Bericht, der auf den Ergebnissen ihrer nationalen Umfrage basiert. Darin wird hervorgehoben, dass 52,5 % der Schwangerschaftsabbrüche unter unhygienischen Bedingungen außerhalb von Gesundheitseinrichtungen vorgenommen werden, z. B. in den Wohnungen der Frauen und Mädchen oder der Abtreibungsärzte, und dass 31 % der Schwangerschaftsabbrüche von Personen durchgeführt werden, die keine medizinische Ausbildung haben. Der Bericht stellte fest, dass unsichere Abtreibungen das Risiko schwerer Komplikationen wie Blutungen, körperliche Schäden, psychische Traumata und sogar den Tod erhöhen. Der Bericht stellte außerdem fest, dass über 90 % der Frauen und Mädchen aufgrund des fehlenden Zugangs und der mangelnden Sexualerziehung keine Verhütungsmethoden anwenden und somit nicht vor der Möglichkeit ungewollter Schwangerschaften geschützt sind.

Am 19. Oktober wurde der Nationalversammlung der Gesetzentwurf 004-2021/PL zur Änderung von Artikel 317 des Strafgesetzbuches vorgelegt, um Abtreibung zu entkriminalisieren. Das Gesetz zielt darauf ab, den Schwangerschaftsabbruch in Fällen zu entkriminalisieren, in denen die Schwangerschaft eine Gefahr für das Leben der schwangeren Frau oder des Mädchens darstellt, in Fällen einer schweren Schädigung des Fötus sowie bei einer Schwangerschaft infolge von Vergewaltigung oder Inzest.

Geschlechtsspezifische Gewalt

Lokale Organisationen und die Medien berichteten über einen Anstieg der Fälle von häuslicher Gewalt während der Pandemie und den daraus resultierenden Anstieg der Zahl der von Armut betroffenen Menschen.

Rechte von LGBTIQ+ Menschen

Die Diskriminierung und Stigmatisierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität war in der madagassischen Gesellschaft weiterhin weit verbreitet. Am 1. Juli setzte das Innenministerium eine jährliche LGBT-Veranstaltung aus, die für den 3. Juli in der Hauptstadt Antananarivo geplant war. Der Generaldirektor für Kultur erläuterte die Entscheidung des Ministeriums mit den Worten, dass "Aktivitäten im Zusammenhang mit Homosexualität in Madagaskar noch nicht erlaubt sind" und schlussfolgerte, dass "die Veranstaltung abgesagt wird, da sie gegen die Moral verstößt".